



Pressemitteilung

Ansbach, 25. April 2013

Konkrete Ergebnisse statt Wahlkampf-Placebos gefordert:

BI „Etz langt's!“ ermutigt Landtagsabgeordnete zu Parlamentsbeschluss über Fluglärm

Der Vorstand der Bürgerinitiative (BI) „Etz langt's!“ begrüßt den infolge der erfolgreichen Petition von Werner Kopper angekündigten Informationsbesuch des Umweltausschusses des Bayerischen Landtags zum Thema Fluglärm im Raum Ansbach. Allerdings dürfe die Veranstaltung nicht zum reinen „Wahlkampf-Placebo“ werden: „Die von Fluglärm und Abgasen der Kampfhubschrauber belastete Bevölkerung erwartet konkrete Ergebnisse für die Verbesserung ihrer Situation“, betonte die BI, nachdem die US-Armee ihre Kriegsübungen in der Region seit zwei Wochen wieder begonnen hat.

„Etz langt's!“ erinnerte in diesem Zusammenhang an die bislang gescheiterten Versuche der Stadt Ansbach, die Staatsregierung zur Unterstützung des einstimmigen Stadtratsbeschlusses für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr in Katterbach zu bewegen. So hatte etwa Innenminister Joachim Hermann (CSU) bei einem Besuch im Sommer 2011 in Ansbach jegliche Mithilfe bei der Umsetzung der Schutzbestimmungen für die BürgerInnen verweigert. Daher ermutigte der BI-Vorstand jetzt die Landtagsabgeordneten aller Parteien, noch vor den Wahlen im September einen Parlamentsbeschluss herbeizuführen, der die Staatsregierung zwingt, sich hinter die einmütige Forderung der Stadt nach einem konsequenten Nachtflug- und Überflugverbot von Wohngebieten zu stellen.

Es sei darüber hinaus ein Fortschritt, dass einzelne Abgeordnete, die noch selbst vor Kurzem die Lösung des Lärmproblems in einer temporären Verlagerung von Hubschraubern nach Grafenwöhr sahen, nun gegenüber der FLZ einräumen, dass dieser Ansatz völlig untauglich war. „Wir bleiben dabei: Sollte ein Nacht- und Überflugverbot nicht umgesetzt werden, muss im Sinne des Schutzes von Mensch und Umwelt die Alternative einer Abzugsperspektive der Kampfhubschrauber ohne Vorbehalte geprüft werden“, erklärte der BI-Vorstand. Dass diese Option im Vornherein von Abgeordneten aus der Region ausgeschlossen wird, verschlechtere deren Verhandlungsposition gegenüber Landes- und Bundesregierung sowie den Militärs erheblich: „Die Abgeordneten sind aufgerufen, in Ansbach ein klares Vorfahrtszeichen für Bürgerwohl vor Militärinteressen zu setzen“, so die BI abschließend.

gez. Boris-André Meyer, Pressesprecher